

Redebeitrag 13.04.

Liebe Antifaschist*innen, liebe Genoss*innen,
liebe Freund*innen,

ich spreche heute für die Interventionistische Linke Karlsruhe

Der Aufstieg der AfD bewirkt einen Rechtsruck auch in allen anderen Parteien und in der gesamten Gesellschaft.

Umgekehrt gilt das aber auch: der massive Rechtsruck, den wir momentan in allen politischen Parteien – in deren Politik und Rhetorik – erleben, stärkt die AfD.

Wenn wir uns also gegen menschenfeindliche Politik – gegen rechte Politik – stellen wollen, müssen wir das zusammen denken.

Die vielfältigen Krisen, die der Staat zu verantworten hat, wie die Klimakatastrophe und die Verarmung und Prekarisierung großer Bevölkerungsteile, könnte die Menschen dazu bewegen für ihre Interessen zu kämpfen. Damit das nicht geschieht, bedienen sich auch die anderen Parteien rassistischer oder armenfeindlicher Ablenkungen.

Ob rhetorisch, wie Scholz „Wir müssen endlich mehr abschieben“ oder in den unsäglichen Debatten über Bürgergeldempfänger*innen von Politiker*innen und Medien – oder praktisch, wie das von der Ampel beschlossene „Rückführungsverbesserungsgesetz“ in Deutschland, oder das GEAS in der EU.

Das Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS), das die Ampelparteien (mit Bauchschmerzen) im Europaparlament mitverabschiedet haben, bringt für Geflüchtete an den europäischen Außengrenzen massive Verschärfungen.

So sollen Schutzsuchende bereits außerhalb der EU in Lagern inhaftiert werden können – auch Kinder, von wo aus sie dann

einen Asylantrag stellen und bei Ablehnung direkt in ihr Herkunftsland zurückgebracht werden sollen.

Beispielhaft hierfür steht bereits ein mehr als zweifelhafter Deal mit Tunesien, einem autokratischen Staat, der sehr viel Geld für seine Dienste erhalten soll.

Mit all dem *bestätigen* die anderen Parteien die Positionen der AfD und *bestärken* so die Partei selbst. Sie bereiten deren zukünftigen Politik den Weg, die immer bereit sein wird im Punkt Menschenfeindlichkeit noch eins drauf zu setzen.

Die Angst vor mehr Macht der AfD durch Regierungsbeteiligung ist berechtigt. Teil der Staatsmacht ist sie jedoch längst. AfD Leute sind tief eingedrungen in die sogenannten „Sicherheitsbehörden“ Polizei und Bundeswehr, sowie in den Verfassungsschutz und die Justiz.

AfD Mitglieder sind Teil eines dichten Geflechts rechter, rassistischer bis terroristischer Netzwerke, ganz eng am Staat.

Natürlich existierten diese Strukturen schon vor der AfD, kontinuierlich aus der NS-Zeit bis in die Gegenwart.

Siehe:

- NSU-Terror
- NSU-Vertuschung
- Die 10.000 fehlenden Schuss Munitio n vom SEK
- Das nazistische Netzwerk „Hannibal“ in Bundeswehr- und Polizeikreisen, das sich auf einen rechtsterroristischen Umsturz vorbereitete.
- Der sogenannte NSU 2.0 mit seiner Verstrickung mit der Polizei
- Die unzähligen „Einzelfälle“ rassistischer, sexistischer oder behinderten-feindlicher Polizeigewalt
- usw. usw.

Die AfD wirkt hier immer häufiger vernetzend als Sammelbecken.

So planten AfD Mitglieder bekanntermaßen gemeinsam mit Reichsbürgern und Ex-Soldaten ebenso einen rechtsterroristischen Umsturz.

Die Liste von Verstrickungen könnte noch lange fortgeführt werden.

Um rechter Politik inklusive AfD entgegenzutreten müssen wir diese rassistische Politik von Abschiebung und Abschottung *bekämpfen* und unabhängige Kontrolle, Transparenz und Einschränkung der „Sicherheitsbehörden“ *erkämpfen*.

Müssen für Umverteilung und eine verbesserte Lebenssituation der Menschen eintreten, für ein solidarisches Miteinander, für Gleichberechtigung.

Müssen antirassistisch aufklären und handeln.